

11. Windhuk-Dialog in Namibia stellt Rückschritte bei Demokratisierungsprozessen in Afrika fest

Vom 30. Oktober bis 1. November 2010 fand in Namibias Hauptstadt zum elften Mal der sogenannte „Windhoek Dialogue“ statt. Die inzwischen seit 14 Jahren stattfindende internationale Konferenz stellt eine Plattform dar für Abgeordnete der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europaparlament sowie Entscheidungsträger afrikanischer Parteien der Mitte, die sich 1996 in Windhuk zum Netzwerk „Union of African Parties for Democracy and Development (UPADD / UAPDD)“ zusammengeschlossen haben.

UPADD besteht aus über 20 Parteien verschiedener afrikanischer Länder. Es finden regelmäßige Treffen statt, die – wenn mit Beteiligung von Europaabgeordneten – Windhoek Dialogue genannt werden. Der letzte Windhoek Dialogue fand im August 2009 in Luanda statt.

Am 11. Windhoek Dialogue nahmen fünf Abgeordnete des Europaparlaments (aus Deutschland, Portugal, Luxemburg) sowie 13 Parteiführer aus verschiedenen afrikanischen Ländern teil (Angola, Mosambik, Namibia, Südafrika, Togo, Burkina Faso, Uganda, Mali, DR Kongo). Die afrikanischen Delegierten berichteten über die politische Situation in ihren jeweiligen Ländern und die Europaabgeordneten informierten über jüngste Entwicklungen in Europa und im Europaparlament, insbesondere über jene, die die Beziehungen zu den Ländern aus Afrika, der Karibik und dem Pazifikraum (AKP) betrafen.

Die Delegierten aus den afrikanischen Ländern, die ausschließlich Parteien angehörten, die derzeit in der Opposition sind, monierten einhellig, dass die Qualität demokratischen Regierens in ihren Ländern sehr gering sei. Zwar gäbe es vielfach moderne Verfassungen und fänden regelmäßig Wahlen statt, auch gebe es oft ein funktionierendes Parlament. Jedoch seien die Wahlen oft von gravierenden Unregelmäßigkeiten geprägt. Machtmissbrauch der Regierungspartei und mangelnde Gewaltenteilung wurden beanstandet.

Der Windhoek Dialogue, der von dem deutschen Europaabgeordneten Michael Gahler, zugleich Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zum Panafrikanischen Parlament (PAP), und Isaías Samakuva, dem Vorsitzenden von UPADD und zugleich Präsident der angolanischen União para a Libertação Total de Angola (UNITA), geleitet wurde, verabschiedete am 1. November 2010 eine Abschlusserklärung, worin insbesondere darauf hingewiesen wird, dass

- staatliche Zuschüsse für alle Parteien notwendig sind;
- zivilgesellschaftliche Organisationen gestärkt werden sollten, um Demokratie zu bewerkstelligen;
- internationale Wahlbeobachter glaubwürdig und unabhängig sein müssen;
- die EVP-Fraktion gemeinsam die Grundwerte des Windhoek Dialog-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NAMIBIA

DR. DR. ANTON BÖSL

November 2010

www.kas.de

www.kas.de/namibia

gue fördern sollte, auf die man sich bereits bei der Gründung des Forums 1996 geeinigt hatte. Diese sind:

- Respekt vor der Menschenwürde, Menschenrechten und Freiheiten
- Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit
- Mehrparteiendemokratie und Gute Regierungsführung mit freien und fairen Wahlen
- Subsidiarität und lokale und regionale Autonomie
- Solidarität und Verantwortung
- Soziale und ökologische Marktwirtschaft



Im Rahmen der Konferenz trafen sich in einem separaten Treffen die Delegierten von UPADD, um über die Weiterentwicklung des Parteiennetzwerkes zu diskutieren. Dabei spielte die Frage der Mitgliedschaft eine besondere Rolle, zumal nicht alle Parteien, mit denen die KAS in Afrika zusammenarbeitet, Mitglied bei UPADD sind, jedoch Interesse an einer Teilnahme am Windhoek Dialogue bekundet hatten.

Die Diskrepanz zwischen den formal bestehenden demokratischen Rahmenbedingungen und deren materieller Umsetzung wurde in fast allen Berichten aus den bei der Konferenz vertretenen Ländern moniert.

Der Parlamentarier der CDC (Koalition der Christdemokraten) aus der Demokratischen Republik Kongo verwies auf den langwierigen Konflikt im Osten des Landes und bat die internationale Gemeinschaft um die fortgesetzte Unterstützung.

Sehr eindringlich wies der Abgeordnete des Congrès national d'initiative démocratique (CNID) aus Mali auf die Probleme mit dem islamistischen Terrornetzwerk Al Qaida in seinem Land hin. Es sei der Regierung nur schwer möglich, dieses Problem zu beheben, da die Terroristen sehr mobil sind und grenzüberschreitend auch in Niger, Tschad, Mauretanien und Algerien operieren würden.

Der Pressesprecher der UNITA, Angolas größter Oppositionspartei, wies auf die politische Krise in seinem Land hin. Schließlich sei die Legitimität der Regierung nicht gegeben, hinzu käme eine Krise der Werte, da Einschüchterungen und politische Morde eine Kultur der Angst in Teilen der Bevölkerung erzeuge. Die Regierungspartei versuche, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu kontrollieren und ihre politische Dominanz – sie soll 82 Prozent der Stimmen bei den Parlamentswahlen 2008 erhalten haben – auszubauen. Hinzu käme eine Verfassungskrise, da die neue Verfassung von 2010 die Macht des Präsidenten unangemessen ausweitere. Die Regierung würde sich auf kleptokratische Art bereichern und fühle sich nicht dem Gemeinwohl verpflichtet. Dies verschärfe die ungerechte und ungleiche Verteilung des Volksvermögens und vor allem der Erlöse aus dem Verkauf von Öl und Diamanten. Man hoffe nunmehr, dass die internationale Gemeinschaft bei den nächsten Wahlen 2012 die Unregelmäßigkeiten nicht stillschweigend hinnehme, sondern diese thematisiere. Der Präsident der UNITA verwies zudem auf die grassierende Korruption im Lande und auf die Probleme in der Landfrage in Angola, in denen er einen Grund für mögliche Konflikte in den

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NAMIBIA

DR. DR. ANTON BÖSL

November 2010

www.kas.de

www.kas.de/namibia

nächsten Jahren erkennt. Einerseits sei das Land Eigentum des Staates, andererseits verkauften führende Vertreter der Regierung(spartei) Grundstücke, von denen die Bewohner schließlich vertrieben würden. Die Frage der deutschen EVP-Abgeordneten Christa Klaß nach den Gründen für die Landflucht in Angola und anderen afrikanischen Ländern beantwortete Samakuva mit dem Hinweis, dass die Regierung sich nicht um die Landbevölkerung kümmere, keine Programme zur ländlichen Entwicklung fördere, es dort keine hinreichende Versorgung mit Schulen und Krankenhäusern gibt, weshalb die Leute in die Städte ziehen.

Der Vertreter der größten Oppositionspartei aus Burkina Faso beklagte, dass es eine dominante Regierungspartei gebe, die seit über 20 Jahren an der Macht sei und die Gesetze geändert habe, um die Macht des Präsidenten auszuweiten und zu verlängern. Ähnliches berichtete der Vertreter der größten Oppositionspartei Togos, der die Quasi-Monarchie der Familie Eyadema kritisierte.

Der Vertreter der Inkatha Freedom Party (IFP) merkte an, dass Südafrika nur oberflächlich eine Demokratie sei, diese Fassade aber erhebliche Risse bekommen habe. Er sprach von einer „elected dictatorship“ und von Einparteiendominanz und einer zentralistischen politischen Struktur, bei der nur die Regierungspartei und deren Mitglieder eine Rolle spielten.

Der Abgeordnete der Democratic Party Ugandas betonte, dass es zunehmende Sicherheitsprobleme gebe. Uganda habe die USA im Kampf gegen den Terror unterstützt und Truppen in die internationale Friedensmission nach Somalia entsandt. Dafür habe Amerika bei den Wahlen und dem diktatorischen Regierungsstil des Präsidenten wegesehen. Es gäbe Hinweise darauf, dass der Bombenanschlag in Kampala, zu dem ein Bekennerschreiben von einer islamistischen Terrororganisation einging, möglicherweise

von Akteuren aus Uganda eingesetzt wurde, um einen Vorwand für ein Gesetz zur öffentlichen Ordnung zu haben, das wenige Tage ins Parlament eingebracht wurde. Zudem sei das Problem mit der Lord's Resistance Army ungelöst sowie Fragen zum transparenten Umgang mit den Erlösen aus dem Verkauf von Öl und Gas aus Uganda.

Der Vertreter der New Patriotic Party (NPP) aus Ghana beschrieb sein Land als anders als anderen afrikanischen Länder. So habe es mehrere friedliche Machtwechsel gegeben, allerdings gebe es nur zwei dominante Parteien, die sich in der Regierung ablösten. Die Judikative sei unabhängig und die Regierung beklage sich inzwischen über die zu unabhängigen Richter im Land. Bedenklich sei das Mehrheitswahlrecht, der Missbrauch staatlicher Ressourcen durch die derzeitige Regierungspartei und man hoffe auf einen friedlichen Regierungswechsel 2012.

Der Vizepräsident der namibischen Oppositionspartei Democratic Turnhalle Alliance (DTA) beschrieb sein Land als Einparteiensstaat. Zwar fänden regelmäßig Wahlen statt, die aber wegen der Unregelmäßigkeiten immer vor Gericht gebracht worden seien. Bis zuletzt mussten die Wahlanfechtungsklagen aus Geldmangel zurückgezogen werden, die derzeit laufende Klage sei hingegen vielversprechend und er erwarte die Annullierung der letzten Parlamentswahlen und Neuwahlen. Problematisch seien die Wahlbeobachter der Southern African Development Community (SADC), die bevor das Wahlergebnis verkündet wurde, die Wahlen als frei und fair bezeichneten.

Der Vertreter der oppositionellen Resistência Nacional Moçambicana (RENAMO) aus Mosambik warf der Regierung Korruption, Nepotismus, soziale Exklusion, schlechte Regierungsführung, Menschenrechtsverletzungen und Respektlosigkeit vor politischen Freiheiten Andersdenkender vor. Die Regierung würde das Friedensabkommen von

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NAMIBIA

DR. DR. ANTON BÖSL

November 2010

www.kas.de

www.kas.de/namibia

1992 nicht respektieren. Der Vertreter der neuen mosambikanischen Oppositionspartei Movimento Democrático de Moçambique (MDM) ergänzte dies durch den Hinweis auf das problematische Wahlrecht und die zwei dominanten Parteien, die zu wenig tolerant seien und keine politische Kohabitation zuließen.

Als Folge der Darstellungen über die landesspezifische politische Situation und die Identifizierung gemeinsamer oder zumindest ähnlich gelagerter Probleme, verständigten sich die Vertreter der afrikanischen UPADD-Parteien auf die Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution (siehe Verlinkung).

Ausgehend von der UPADD-Resolution diskutierten die Teilnehmer über Möglichkeiten einer kohärenten Politik der afrikanischen und europäischen Partnerparteien auf Grundlage einer gemeinsamen Wertebasis. Zu diesem Zweck wurde eine weitere Resolution des Windhuk-Dialogs, d.h. von den afrikanischen UPADD-Parteien zusammen mit der EVP-Fraktion, erarbeitet und verabschiedet (siehe Verlinkung). Vor dem Hintergrund des kommenden AKP-Gipfels in Kinshasa soll die Resolution dazu beitragen, dass die afrikanischen und europäischen Parteien der Mitte sich auf gemeinsame Positionen verständigen.

Der Windhuk-Dialog ging mit einer Pressekonferenz zu Ende, auf der die Ergebnisse vorgestellt wurden. Alle wichtigen Zeitungen Namibias waren anwesend.

Link zur EVP-Pressemeldung:

<http://www.eppgroup.eu/press/showpr.asp?PRControlDocTy-peID=1&PRControlID=9814&PRContentID=16707&PRContentLG=en>